

die plattform – «For a strong Swiss workforce»

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz  
Reitergasse 9  
Postfach  
CH-8021 Zürich

## Vorschau Frühjahrsession 03. – 21. März 2025

info@die-plattform.ch  
[die-plattform.ch](http://die-plattform.ch)

### Überblick

---

#### Nationalrat

| Nr.                    | Geschäft  | Beratung   | Empfehlung |   |
|------------------------|---|------------|------------|---|
| <a href="#">24.082</a> | Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert | 05.03.2025 | Ablehnung  | ● |
| <a href="#">24.026</a> | Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung         | 18.03.2025 | Zustimmung | ● |

#### Ständerat

| Nr.   | Geschäft  | Beratung   | Empfehlung                            |             |
|---|---|------------|---------------------------------------|-------------|
| <a href="#">23.072</a>  | Movetiagesetz   | 03.03.2025 | Eintreten                             | ●           |
| <a href="#">24.026</a><br><a href="#">18.034</a><br><a href="#">19.3630</a> | Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung<br>Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene<br>Paar- und Familienbesteuerung)<br>Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen | 04.03.2025 | Zustimmung<br>Ablehnung<br>Zustimmung | ●<br>●<br>● |
| <a href="#">24.3921</a>   | Mehrfachbeschäftigte und Teilzeitarbeitende besser<br>versichern  | 06.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.4047</a>   | Zugang 2. Säule für Personen mit geringem Einkommen oder<br>mit mehreren Arbeitsverträgen   | 06.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.3920</a>   | Berücksichtigung der Care-Arbeit in der 2. Säule  | 06.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.4198</a>   | Kaufkraftverlust der Renten in der 2. Säule entgegenwirken  | 06.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.4066</a>   | Besserer Zugang zur 2. Säule mittels freiwilliger<br>Sparmöglichkeiten zur Erhöhung der Rente   | 06.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.4597</a>   | Standardisierten Zugang zu persönlichen Vorsorgedaten<br>ermöglichen  | 06.03.2025 | Zustimmung                            | ●           |
| <a href="#">24.305</a><br><a href="#">24.311</a>                            | Einführung einer nationalen Elternzeit<br>Einführung eines schweizweiten Elternurlaubs  | 06.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.3587</a>   | Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und<br>Armee  | 17.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |
| <a href="#">24.3004</a>   | Abschaffung der Alterskinderrenten und gleichzeitige<br>Erhöhung der Ergänzungsleistungen für Eltern  | 19.03.2025 | Ablehnung                             | ●           |

# Argumentarium

---

## Nationalrat

05.03.2025

---

● 24.082 Geschäft Bundesrat

### **Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft). Volksinitiative**

*Wenig Wirksamkeit für Klima aber grosse Verluste bei Steuereinnahmen.*

Die Volksinitiative möchte neue Einnahmequellen für den klimagerechten «Umbau der Gesamtwirtschaft» erschliessen. Die vorgeschlagene 50-prozentige Erbschaftssteuer für Vermögen über 50 Millionen Franken dürfte den gewünschten Effekt insofern verfehlen, als dass Vermögen mobil ist und gemäss Expertinnen und Experten in der Folge zum grössten Teil ins Ausland abwandern dürfte, was den Verlust dieses Steuersubstrats darstellen würde. Um die tatsächlichen Fortschritte – und allfällige Lücken – in der Schweizer Klimapolitik aufzuzeigen, wäre ein jährliches Reporting für KIG, CO<sub>2</sub>-Gesetz und weitere klimapolitische Ziele angemessen. So können massgeschneiderte Massnahmen, statt allgemeine Finanzierungsmittel vorgeschlagen werden.

---

18.03.2025

---

● 24.026 Geschäft Bundesrat

### **«Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung)**

*Volksinitiative braucht Zustimmung, mit indirektem Gegenvorschlag schneller zum Ziel.*

Die Plattform setzt sich für ein faires, zukunftsfähiges Steuersystem ein, welches nicht nur die sogenannte Heiratsstrafe, sondern auch den Hemmschuh für eine höhere Beschäftigung der Frauen eliminiert. Mit der Volksinitiative und dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) kann dies erreicht werden. Der indirekte Gegenvorschlag sieht zudem eine Entlastung für Familien mit Kindern vor und kann wesentlich schneller umgesetzt werden.

## Ständerat

03.03.2025

---

● 23.072 Geschäft Bundesrat

### **Movetiagesetz**

*Eintreten.*

Die Corporate Governance ist vor allem im Bildungsbereich immer noch verbesserungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Gesetz wird diese Gelegenheit geboten, auch wenn an den Details – vor allem bei der Berücksichtigung der Berufsbildung und den Jugendorganisationen – noch gefeilt werden kann. Die Plattform empfiehlt deshalb, auf das Geschäft einzutreten.

---

04.03.2025

---

- 24.026 Geschäft Bundesrat (siehe Seite 2)
- 18.034 Geschäft Bundesrat
- 19.3630 Motion Nationalrat (Markwalder)

## **Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)**

*Vorlage des Bundesrats ist nicht zivilstandsunabhängig und hat nur einen bescheidenen Erwerbseffekt.*

Das vom Bundesrat vorgeschlagene System ist bereits überholt. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrats (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) zur Volksinitiative (24.026) erfüllt hingegen beide Kriterien, Erwerbseffekt und Zivilstandsunabhängigkeit.

## **Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen**

*Die Zeit ist überreif für ein zeitgemässes Steuersystem.*

Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrats (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) zur Volksinitiative (24.026) nimmt das Anliegen der Motionärin auf.

---

06.03.2025

---

- 24.3921 Motion Ständerat (Wasserfallen)

## **Mehrfachbeschäftigte und Teilzeitarbeitende besser versichern**

*Keine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen im BVG.*

Die Motion fordert eine Anpassung des BVG, um Mehrfachbeschäftigte und Teilzeitarbeitende besser zu versichern, indem deren Einkommen summiert und versichert werden. Zudem soll der Koordinationsabzug prozentual gestaltet und eine enge Koordination mit anderen Sozialversicherungen sichergestellt werden. Eine freiwillige Versicherung mehrerer Tätigkeiten ist bereits jetzt über die Auffangeinrichtung oder die Vorsorgeeinrichtung einer der Arbeitgebenden möglich. Die Massnahmen im BVG können nicht isoliert betrachtet werden, denn sie blenden die Finanzierung der Renten aus und sind daher nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

---

- 24.4047 Motion Ständerat (Broulis)

## **Personen mit geringem Einkommen oder mit mehreren Arbeitsverträgen Zugang zur 2. Säule ermöglichen**

*Keine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen im BVG.*

Nach der gescheiterten BVG-Reform soll der Bundesrat das Gesetz ändern, um die Eintrittsschwelle der 2. Säule auf unter CHF 20 000.- zu senken, um Personen mit geringem Einkommen oder mehreren Arbeitgebenden besseren Zugang zur Altersvorsorge zu ermöglichen. Die Massnahmen im BVG können nicht isoliert betrachtet werden, denn sie blenden die Finanzierung der Renten aus und sind daher nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

---

- 24.3920 Motion Ständerat (Crevoisier Crelier)

## **Berücksichtigung der Care-Arbeit endlich auch in der 2. Säule**

*Familienpolitik nicht über Fonds zur Absicherung der Vorsorgeguthaben.*

Die Motion fordert die Anerkennung und Versicherung unbezahlter Sorge-Arbeit in der beruflichen Vorsorge durch einkommensabhängige Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, finanziert über den Sicherheitsfonds, um Rentenlücken v.a. für Frauen zu schliessen. Der Vorstoss verlangt, statt Erwerbsanreize zu setzen und bessere Sparmöglichkeiten zu schaffen, Rentenlücken über Beiträge aus dem Sicherheitsfonds der Kassen zu stopfen. Aus Sicht der Plattform ist eine Finanzierung der Familienarbeit durch den Sicherheitsfonds nicht sinnvoll. Dieser wurde zur Sicherheit der Pensionskassen, nicht zur Unterstützung von Familien geschaffen.

---

● 24.4198 Motion Ständerat (Maillard)

### **Dem Kaufkraftverlust der Renten in der 2. Säule entgegenwirken**

*Massnahme im BVG schwer umsetzbar.*

Der Motionär verlangt, dass der Bundesrat die gesetzlichen Grundlagen anpasst, damit Renten aus der beruflichen Vorsorge regelmässig der Teuerung angepasst werden, ähnlich wie bei der AHV und IV, um einen Kaufkraftverlust von Rentnerinnen und Rentnern zu verhindern. Dabei gibt es aus Sicht der Plattform zwei Probleme: die massiven Unterschiede zwischen den Pensionskassen und die Modellierbarkeit. Eine solche Massnahme müsste über Rückstellungen der Pensionskassen umgesetzt werden, was wiederum von den aktiven Erwerbstätigen bezahlt werden müsste, und eine weitere Umverteilung zwischen Aktiven sowie Rentnerinnen und Rentnern bedeutet. Kassen, die mehrheitlich Leute im Obligatorium versichern, hätten zudem Probleme, neben dem hohen Umwandlungssatz auch noch Rückstellungen zu machen. Bei einer Rentenverbesserung in der 2. Säule sollen auch die unterschiedliche Umwandlungssätze berücksichtigt werden. Gewisse Kassen bieten schon einen Teuerungsausgleich an, in der Regel solche, die viel überobligatorisches Guthaben verwalten und eine Mischrechnung mit tieferem Umwandlungssatz machen. Durch die grossen Unterschiede zwischen Kassen sind eine einheitliche Regulierung und eine Modellierung problematisch.

---

● 24.4066 Motion Ständerat (Gapany)

### **Besserer Zugang zur 2. Säule mittels freiwilliger Sparmöglichkeiten zur Erhöhung der Rente**

*Keine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen im BVG.*

Die Motion fordert eine Änderung des BVG, um Teilzeitbeschäftigten freiwillige Sparmöglichkeiten in der 2. Säule zu bieten, indem der koordinierte Lohn flexibler gestaltet wird. Arbeitnehmende sollen höhere Beiträge für eine bessere Rente wählen können, während der Bundesrat Ausnahmen regeln kann. Die Massnahmen im BVG können nicht isoliert betrachtet werden, denn sie blenden die Finanzierung der Renten aus und sind daher nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

---

● 24.4597 Motion Ständerat (Ettlin)

### **Standardisierten Zugang zu persönlichen Vorsorgedaten ermöglichen**

*Transparenz und einfacher Zugang für die 2. Säule.*

Die Ziele der «Open-Finance» sind begrüssenswert und fördern Transparenz, Kompetenz und Vertrauen in das Vorsorgesystem.

---

● 24.305 Standesinitiative  
24.311 Standesinitiative

### **Einführung einer nationalen Elternzeit Einführung eines schweizweiten Elternurlaubs**

*Gleichberechtigte Elternzeit, statt Verlängerung des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs.*

Die Plattform unterstützt seit ihren Anfängen eine gleichberechtigte Elternzeit, welche die beruflichen Risiken der Familiengründung auf beide Elternteile ausgewogen verteilen. Die eingereichten Standesinitiativen stellen de facto eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von 14 auf 16 Wochen und die Verlängerung des

Vaterschaftsurlaubs auf vier statt zwei Wochen dar. Dies ist ein Ausbau der Erwerbsersatzordnung, ohne den volkswirtschaftlichen Nutzen einer paritätischen Elternzeit.

---

17.03.2025

● 24.3587 Motion Ständerat (Würth)

### **Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem «Sicherheitsprozent»**

*Falscher Zeitpunkt und Vermischung sachfremder Bereiche.*

Mit der Neuberechnung der AHV-Finanzzahlen werden auch die Finanzperspektiven der AHV angepasst. Jetzt eine Spezialfinanzierung für die AHV zu beantragen – noch dazu an einen sachfremden Bereich verknüpft – macht deshalb zurzeit wenig Sinn.

---

19.03.2025

● 24.3004 Motion Nationalrat (SGK)

### **Abschaffung der Alterskinderrenten und gleichzeitige Erhöhung der Ergänzungsleistungen für Eltern mit Unterhaltspflichten**

*Angleichen, nicht abschaffen.*

Die ungleiche Behandlung von Eltern vor und nach der Pensionierung ist für die Kommission stossend. Das ist zwar verständlich, aber dafür die Alterskinderrenten abzuschaffen, ist wiederum auch nicht gerecht. Anspruch auf Familienzulagen vor der Pensionierung haben Angestellte, Selbstständige und Nichterwerbstätige. Finanziert werden diese durch Arbeitgebende, Selbstständigerwerbende und die Kantone. Die Beträge der Alterskinderrenten unterscheiden sich zudem z.T. erheblich von den Familienzulagen und können bei Rentnerinnen und Rentnern auch von beiden Elternteilen bezogen werden. Für eine Angleichung zwischen den verschiedenen Kategorien von Eltern bietet sich deswegen an, die Alterskinderrenten den Familienzulagen anzugleichen. Das bringt auch eine Kostenreduktion mit sich.  
Mitglieder-Verbände

## **Mitgliederverbände der plattform**

**kaufmännischer  
verband**  
*gemeinsam sind wir zukunft.*

**A** **Angestellte  
Schweiz**

**SWISS  
LEADERS**

**Swiss  
Accounting**

**SALESSWISS**

**SWISS  
ENGINEERING**  
STV UTS ATS